

## Kanton will Hirntumor-Zahlen bei Kindern untersuchen lassen

**Erhöhtes Krebsrisiko** Die Zürcher Gesundheitsdirektion teilte am Donnerstagnachmittag auf Anfrage mit, dass sie die auffälligen Krebszahlen bei Kindern nun doch vertieft untersuchen wolle. «Die Gesundheitsdirektion plant, externe Experten zu beauftragen, die Zahlen von Hirntumoren bei Kindern wissenschaftlich zu untersuchen», sagt Kantonsärztin Christiane Meier.

Berner Forscher machten im Frühling publik, dass das Hirntumor-Risiko bei Kindern im Zürcher Weinland erhöht ist. Sie vermuten unter anderem Pestizide als Auslöser. Wie diese Woche bekannt wurde, lagen der Zürcher Gesundheitsdirektion schon ein Jahr zuvor ganz ähnliche Zahlen vor, die eine Erhöhung des Hirntumor-Risikos bei Kindern im ganzen Kanton und speziell im Bezirk Andelfingen belegten.

### Zahlen nie direkt publiziert

Nun betont die Gesundheitsdirektion, dass Daten über die Hirntumore von Kindern in einem öffentlich zugänglichen Krebsregister einsehbar seien und zudem in ebendieser Studie des Berner Instituts für Sozial- und Präventivmedizin erwähnt worden seien. Der

Vorwurf, die Behörden hätten etwas verschwiegen, sei deshalb falsch.

Die spezifischen Zürcher Zahlen wurden aber nie über eine kantonale Stelle direkt publiziert, der breiten Öffentlichkeit waren sie bisher nicht bekannt.

Der Kanton hält zudem an seinen bisher gemachten Aussagen fest. Es deute bei den gemeldeten Tumorerkrankungen «nichts auf eine gemeinsame Ursache hin», schrieb die Gesundheitsdirektion bereits im Sommer. Rückstände aus der Landwirtschaft als Auslöser schliesst der Kanton aus, da die gefundenen Konzentrationen viel zu tief seien für derartige Erkrankungen, so die Begründung.

Der kantonsärztliche Dienst beobachte zusammen mit den involvierten Ämtern die Entwicklung der Fallzahlen aufmerksam, sagt Kantonsärztin Christiane Meier. Man habe dazu beim Kinderkrebsregister angefragt, Erkenntnisse aus der statistischen Auswertung früher bekannt zu geben, «damit bei Hinweisen auf mögliche Umweltfaktoren entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben werden könnten».

Mirko Plüss

## Die GPK deckt den Stadtrat mit einer Reihe von Vorwürfen ein

**Kongresshaus und Tonhalle** Wissenslücken, ungenügende oder fehlende Informationen, mangelnde Projektreife, lückenhafter Wissenstransfer, Anpassungen bei der Arbeitsgemeinschaft, unkoordinierte Interventionen und Projektänderungen – die Liste der Vorwürfe der Geschäftsprüfungskommission (GPK) liesse sich problemlos verlängern. Die Adressaten sind die Verantwortlichen der Sanierung des Kongresshauses und der Tonhalle.

Zuoberst stehen da Hochbauvorsteher André Odermatt, Stadtpräsidentin Corine Mauch und Finanzvorsteher Daniel Leupi, die gemeinsam im Steueraussschuss dieses Projekts sitzen. Dieser sei dauernd «neu auftretenden Sachverhalten hinterhergerannt». Die GPK hat in ihrem 27-seitigen Bericht, den sie am Mittwoch veröffentlichte, vertieft und ausführlich bestätigt, was die Rechnungspfungskom-

mission vor einem Jahr in einem Brief schon festgehalten hatte.

Die zentralen Aussagen sind: Die vom Volk bewilligten Kosten hätten nie überschritten werden dürfen. Zum Zeitpunkt, als der Stadtrat die Kostenschätzung vornahm, sei die Planung zu wenig ausgereift gewesen. Zudem hätten sich Verantwortliche bei den Reserven bedient, um Wünsche zu erfüllen, was sie nicht hätten tun dürfen.

Der Stadtrat reagiert auf die Vorwürfe mit einem eigenen Bericht. Er räumt auf der einen Seite Fehler ein, auf der anderen Seite jedoch teile er die «Einschätzungen» der GPK nicht, insbesondere die Kritik an der Projektorganisation, am Informationsfluss, an der Dokumentation wichtiger Entscheide, an der Bauherrenvertretung und der Auswechslung der Gesamtleitung.

Thomas Zemp

# Die Anwohner haben genug vom

**Musik und grölende Teenies** An den Wochenenden ist auf den Quartierplätzen einiges los. Dieses Lärmklagen eingegangen als im ganzen Rekordjahr 2018. Die Stadt will nun gegensteuern –

Lisa Aeschlimann

Es ist zu laut. Viel zu laut. Und das an jedem Wochenende. «Die Grenze ist erreicht», sagt Franco Taiana. «Wir haben auch ein Anrecht auf Nachtruhe.»

Taiana, 64-jährig, ist Präsident des Quartiervereins Aussersihl-Hard. Seit elf Jahren lebt er direkt am Bullingerplatz im Kreis 4 und mag die lebendige Atmosphäre: Jeden Abend trifft man sich hier aufs Feierabendbier, Kinder baden im Brunnen, während die Eltern plaudern.

Der Platz ist zwar schon länger beliebt, während der Corona-Zeit hat er sich aber zum Hotspot entwickelt. Die Stadtpolizei musste ihn im Mai sogar einmal räumen, weil zu viele Leute zu nah beieinandersassen.

Das Unheil beginnt für Taiana erst, wenn die Familien heimgegangen sind und es dunkel geworden ist: Dann kommen die Jungen zum Vorglühen auf den Platz, viele mit Musikboxen. «Sie sitzen um den Brunnen, es wird geschrien und gegrölt, bis in den frühen Morgen», sagt er. «Kaum sind sie weg, torkeln die Feiernenden vom Clubbesuch nach Hause und legen hier einen Zwischenstopp ein.» Taiana ist Lärm gewohnt. Er sagt aber, dass es diesen Sommer «bedeutend lauter» sei als früher.

### 2000 Klagen mehr als sonst

Auch an anderen beliebten Plätzen in Zürich ist die Situation ähnlich, so wie Taiana geht es vielen. Immer öfter müssen Polizistinnen und Polizisten ausrücken und auf die geltende Nachtruhe hinweisen. Die Zahl der Lärmklagen, die bei der Stadtpolizei eingingen, ist in den letzten Monaten explodiert: 6507-mal haben sich Betroffene zwischen Januar und August gemeldet. Das sind über 2000 Klagen mehr als im selben Zeitraum in den vergangenen Jahren.

Ende August waren bereits mehr Klagen eingereicht worden als im gesamten Rekordjahr 2018. Der grösste Teil der Klagen betrifft Nachtruhestörungen. Laut Stadtpolizei haben vor allem «Nachbarschaftsklagen» wegen Musiklautsprechern, lauten Geschwätz und Partys im



«Im Moment ist es wirklich schlimm»: Felix Stocker wohnt in der Nähe des Zähringerplatzes. Im Hintergrund ist das

Privatbereich zugenommen. Die Stadt hat nun reagiert und Plakate an beliebten Treffpunkten wie dem Idaplatz, dem Klingenhof oder der Kanonengasse aufgestellt.

Sie sollen das Partyvolk darauf hinweisen, dass auch an der Piazza Cella oder am Zähringerplatz Menschen leben, die während der Nachtzeit Ruhe brauchen. Bis Ende der Herbstferien sollen die Plakate stehen bleiben.

Dayana Mordasini ist Delegierte für Quartiersicherheit beim Sicherheitsdepartement der Stadt und hat die Plakatkampagne in Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen und Anwohnerinnen gestartet. Sie hofft, dass sich die Lage mit dem kühleren Wetter entspannt.

«Lärm in den Quartieren ist in den vergangenen Monaten ein

grösseres Problem geworden», sagt sie. Vielen Feiernenden seien sich der Anwohnerinnen und Anwohner gar nicht bewusst. Andere würden sie nicht wahrhaben wollen. Die Plakate sollen auch Anknüpfungspunkt für die Sozialarbeiter der Präventionseinheit SIP oder für die Polizistinnen sein, mit den Lärmenden ins Gespräch zu kommen.

Eine Erklärung für die vielen Lärmklagen sieht Mordasini darin, dass im Corona-Jahr alles ein wenig anders ist. «Während des Lockdown im Frühling haben sich viele Einwohner an die Ruhe gewöhnt», sagt sie. Keine Flugzeuge, kaum Autos, kein Lärm von Restaurants oder Bars. Die Leute blieben zu Hause. Nun, da das öffentliche Leben wieder normaler spiele, sei der Unterschied zur Stille während des Lockdown

umso deutlicher spürbar. «Andererseits haben viele das Bedürfnis, sich draussen aufzuhalten.» Denn noch sind nicht alle Vergnügungsangebote wieder verfügbar – und wenn, dann unter strengeren Auflagen. Kommt hinzu: In den Sommerferien blieben viele Menschen wegen der Pandemie zu Hause und genossen die freie Zeit in der Stadt. Registrierungspflicht in Bars oder Einlassbeschränkungen in den Clubs tun ihr Übriges.

### «So geht das Quartier kaputt»

Auch der Zähringerplatz ist ein beliebter Treffpunkt bei Jungen. Felix Stocker wohnt in der Nähe, nachts hört er das Grölen und Schreien der Feiernenden. Er engagiert sich in der Interessengemeinschaft Innenstadt als Wohnquartier. «Im Moment ist es

ANZEIGE



[www.stadion-ja.ch](http://www.stadion-ja.ch)

«Ja zum Projekt: Für den Sport. Fürs Quartier. Für die Stadt.»



Corine Mauch  
Stadtpräsidentin (SP)



Christoph Gysi  
Gewerbetreibender und  
Präsident Kulturmeile  
Zürich-West



Meriame Terchoun  
Fussballspielerin  
Nationalmannschaft



Filippo Leutenegger  
Stadtrat und  
Sportvorsteher (FDP)



Svenja Bakmeier  
Bankangestellte

Komitee Stadion JA, [info@stadion-ja.ch](mailto:info@stadion-ja.ch)

# Lärm

Jahr sind bei der Zürcher Polizei schon mehr mit Plakaten.



Plakat der neuen Kampagne der Stadt Zürich zu sehen. Foto: Thomas Egli

wirklich schlimm», sagt er. Erst vergangene Woche sei eine Familie, die an der Schipfe wohnte, wegen des Lärms weggezogen. «Wenn Menschen wegziehen, die zum Quartierleben beitragen, geht auf lange Sicht das Quartier kaputt.» Er schätzt zwar das Zeichen der Stadt, denkt aber nicht, dass die Plakate helfen werden. «Die Stadt muss endlich die geltende Nacht-ruhe durchsetzen.»

Stocker glaubt auch nicht, dass die Anwohnerinnen seit dem Lockdown sensibler auf Lärm reagieren und deshalb mehr Klagen einreichen. «Viele von uns leben seit Jahrzehnten hier, wir können sehr wohl einschätzen, dass es lauter wurde.» Und weiter: «Niemand macht leichtfertig eine Lärmklage. Meistens ist die Entscheidung:

Klage oder Wegzug.» Sollte es nicht besser werden, wolle man die Leute anregen, schneller die Polizei zu rufen, damit der Druck auf die Stadt steige.

Stocker hat mit der Gruppe im Juni eine Petition gestartet. Politikerinnen werden aufgefordert, Lärmvorschriften durchzusetzen, weniger Events zuzulassen und keine Ausnahmegenehmigungen für Gastbetriebe zu erteilen. Bald möchten die Gruppe auch eine Website aufschalten, auf der Betroffene eingeben können, wann und wo sie in ihrer Nacht-ruhe gestört wurden. «Mit dieser Liste möchten wir die Stadt dann konfrontieren», sagt Stocker.

Trotz des Lärms lebt Stocker gern mitten in der Stadt. Er sagt: «Wir möchten nicht, dass es ruhig ist in der Nacht – aber dass wir hier auch wohnen können.»

## Mediziner verlieren gegen Manager

**Analyse** Im Spital Bülach musste der Chefarzt für Innere Medizin Knall auf Fall gehen. Im Spital Uster passierte kürzlich dasselbe.

Die Reaktionen auf die Entlassung des Bülacher Chefarztes Nic Zerkiebel lassen keinen Zweifel: Dieser Arzt ist sehr beliebt im ganzen Spital. Integrativ, hilfsbereit, wertschätzend, kompetent, ein guter Ausbilder, so beschreiben ihn Mitarbeitende aller Hierarchiestufen, Ärzte wie Pflegefachleute. Trotzdem hat die Spitalleitung den Chefarzt letzten Donnerstag freigestellt.

Dasselbe passierte vor drei Wochen im Spital Uster. Dort musste die langjährige Chefin des Departements Innere Medizin, Esther Bächli, gehen. Das löste öffentlichen Protest aus, wie jetzt auch der Fall in Bülach. Aktuelle und ehemalige Mitarbeitende forderten die Wiederanstellung von Bächli und beschrieben sie als äusserst engagierte Ärztin. Sie habe die medizinische Versorgung im Zürcher Oberland massgeblich mitgeprägt, sich stets für das Patientenwohl eingesetzt und grossen Wert auf die Ausbildung des Ärztenachwuchses gelegt.

Wie kann es sein, dass ein Spital jemanden entlässt, der nicht nur im eigenen Betrieb, sondern in der ganzen Spitalregion eine so wichtige Rolle spielt?

Es bestünden unterschiedliche Auffassungen über die strategische Ausrichtung, lautete die Begründung an beiden Orten. Im Klartext: Die Chefärztin und der Chefarzt waren nicht einverstanden mit Entscheidungen der Spitalleitung. In Uster gab es Differenzen wegen der geplanten Fusion mit dem Spital Wetzikon. Esther Bächli habe den Sparkurs nicht mittragen wollen, den das Spital im Hinblick auf die Fusion verfolgt, hiess es aus ihrem Umfeld. Im Spital Bülach eskalierte der Streit wegen der Neonatologie, die die Spitalleitung redimensionieren will, weil sie unrentabel ist. Sowohl Bächli wie auch Zerkiebel hätten verlangt, dass zuerst klare Konzepte vorliegen müssten, bevor man die Weichen neu stelle, ist aus gut informierten Kreisen zu hören.

Da wie dort lautet der Vorwurf nun, die Spitalleitung gewichte die Finanzzahlen höher als die



Esther Bächli, langjährige Chefin Innere Medizin im Spital Uster.



Nic Zerkiebel, freigestellter Chefarzt des Spitals Bülach.

medizinische Qualität. Ohnehin habe das medizinische Personal in den Spitälern je länger desto weniger zu sagen, die Ökonomen würden alles diktieren.

Tatsächlich haben Nichtmediziner in Spitalführungen heute eine starke Position. Bülach ist dafür ein Paradebeispiel. Der CEO ist Jurist und seine Stellvertreterin Ökonomin. Von den sieben weiteren Mitgliedern der Geschäftsleitung vertreten nur drei die Medizin. Im Verwaltungsrat hat sogar nur eine von sieben Personen einen medizinischen Hintergrund. In Uster hat die Medizin in der Führung mehr Gewicht, dort sitzen in der sechsköpfigen Spitalleitung drei Ärzte sowie der Pflegedirektor.

Ökonomisch unter Druck sind beide Spitäler, wie eigentlich alle Zürcher Spitäler. Es droht eine Abbaurunde. 2023 vergibt der Regierungsrat die Leistungsaufträge neu. Da im Kanton Zürich ein Überangebot an Spitalbehandlungen besteht, wird eine Konzentration erwartet. Im Spital Uster sieht es diesbezüglich schlecht aus. In der Rangliste der Fallkosten, die die Gesundheitsdirektion jedes Jahr publiziert, nimmt es derzeit den letzten Platz ein. 2019 schloss es mit einem Verlust von 6,7 Millionen Franken ab. Das Spital hatte zu viel Personal neu angestellt, die Zahl der Patientinnen und Patienten blieb unter den Erwartungen.

In Bülach sind die Zahlen zwar besser. Das Spital rangiert im Fallkostenvergleich von 2019 auf Rang drei, und es schloss das Jahr mit einem Gewinn von 2,9 Millionen Franken ab. Es braucht aber Eigenkapital, denn wie Uster plant es einen grossen Neubau. Da passt es schlecht, dass im laufenden Jahr wegen Corona ein Defizit droht. Zudem entsteht im Oktober eine mächtige Konkurrenz: Das Unispital eröffnet im Circle seine Aussenstation.

Früher waren die Spitäler einfach da und warteten auf die Patienten, die sie dann behandelten. Heute müssen sie sich in einem Markt behaupten. Ob ein Spital überleben kann, hängt von der Zahl seiner Patientinnen und Patienten ab, denn es verdient pro Fall. Seit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung im Jahr 2012 zahlt der Staat keine Defizite mehr.

Jedes Spital versucht, sich möglichst gut im Markt zu positionieren, sei es durch Kooperationen oder durch Alleinstellungsmerkmale. Die Spitalleitungen entwerfen Strategien. Unternehmensentwickler und Berater haben Hochkonjunktur. Ärzteschaft und Pflege hingegen fühlen sich zunehmend zu Befehlsempfängern degradiert.

Was genau in Bülach und Uster passiert ist, dass es zum Eklat kam, ist nicht bekannt. Klar ist nur, dass sowohl Esther Bächli wie Nic Zerkiebel, die beide Mitglied der Geschäftsleitung waren, einen strategischen Entscheid infrage stellten. Ob das genügt, um jemanden sofort freizustellen? Aus rechtlichen Gründen äussern sich die Beteiligten nicht. Mit der Entlassung der engagierten, beliebten und gut vernetzten Chefarzts haben die Spitalführungen jedenfalls das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollten: Statt Ruhe zu schaffen, haben sie einen Aufruhr sondergleichen provoziert. Das hat nicht nur auf der menschlichen Ebene gravierende Folgen, sondern wird sich auch in der Betriebsrechnung niederschlagen. Eine Tragödie.

Susanne Andereg

Die Ecke

September 2020

Die Corona-Fallzahlen und die Oechsle-Grade steigen. (net)

Nachrichten

### Ermittlungen zu Femizid am Döltschweg erledigt

**Zürich** Die Ermittler schliessen die Beteiligung einer Drittperson am Gewaltdelikt von Mai 2019 am Döltschweg aus. Das teilt die Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich mit. Ein 60-jähriger Mann hatte zwei Frauen als Geiseln genommen, später erschossen und sich selbst getötet. Die Ermittlungen von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft hätten ergeben, dass es sich um ein «Beziehungs- bzw. Tötungsdelikt» gehandelt hat, teilen die Behörden mit. Das Strafverfahren ist Anfang September infolge des Todes des Beschuldigten eingestellt worden. (lop)

### Thiel und Rima als Gäste an Corona-Demo

**Zürich** Der Corona-skeptische Verein Bürgerforum Schweiz freut sich über einen prominenten Mitstreiter: «Ausserordentlich motivierend» sei die Mitwirkung von Comedian Marco Rima am Demonstrationsumzug vom kommenden Samstag, heisst es in einer Mitteilung. Ergänzt wird Rima vom «ebenfalls kampfgeprobten» Satiriker Andreas Thiel. Die beiden Comedians werden auf einem Flyer zur Kundgebung vom Samstag als «Stargäste» verkauft. Das Bürgerforum Schweiz setzt sich gegen die Maskenpflicht ein und unterstützt das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz. (lop)

### Heizölpreise

Liter	aktuell	Vorwoche	Vorjahr
1501-2200	74.60	74.50	108.10
2201-3000	72.40	72.30	105.90
3001-6000	68.10	68.00	101.60

Heizöl schwefelarm, in Fr./100 Liter, inkl. MwSt. und CO<sub>2</sub>-Abgabe



ANZEIGE

## Voreilige Abschüsse statt Herdenschutz: Das geht zu weit!

### Ein nützliches Familien-Tier

Wolfsrudel sind Familien, die in einem festen, grossen Revier leben. Dieses verteidigen sie, töten andere Wölfe: nur ein Rudel pro Revier.

Dieses Verhalten **begrenzt auf natürliche Weise den Wolfbestand.**

Wölfe gehören zum Ökosystem. Sie helfen, den jungen Bergwald vor Verbiss durch Rotwild zu schützen.

**Darum sagen auch die Förster NEIN zum Jagdgesetz.**



**Der Wolf gehört zur Schweiz, kennt keine Kantons Grenzen.**

**Im Wallis und in Graubünden droht ihm ein voreiliger Abschuss.**

**Wolfsregulierung ja. Aber der Bund muss zuständig bleiben.**

**Und den Herdenschutz verbessern.**

27. Sept. 2020

**Nein**

# Abschuss-Gesetz

Verein «Jagdgesetz NEIN», Dornacherstr. 192, 4018 Basel jagdgesetz-nein.ch